

VR *International*

AUSLANDSGESCHÄFT. EINFACH MACHEN!



Währungsausblick

5 SERIE PRAXISWISSEN
AUSLANDSGESCHÄFT

7 LÄNDERSTECKBRIEF
GROSSBRITANNIEN

12 VR INTERNATIONAL
APP IN NEUEM DESIGN

Moderate USD-Schwäche voraus!

Ein spannendes Jahr 2025 liegt hinter uns, das vor allem von der Rückkehr Donald Trumps ins Weiße Haus geprägt war. Für unser Währungsuniversum dürfte in diesem Jahr unter anderem entscheidend sein, wie sich die US-Notenbank im Spannungsfeld zwischen Inflationsrisiken und schwächelndem Arbeitsmarkt verhält und ob Zweifel an der Unabhängigkeit der Fed aufkommen. Ansonsten gehen wir davon aus, dass das globale, geldpolitische Zinssenkungsfeuerwerk der vergangenen ein bis zwei Jahre – mit Ausnahme Japans – sich dem Ende nähert. Mit der Normalisierung der Geldpolitik treten andere Treiber für die Devisenmärkte in den Vordergrund: So dürften sowohl die konjunkturelle Entwicklung als auch die fiskalische Lage der Volkswirtschaften wieder eine wichtigere Rolle spielen.

Dass die US-Notenbank Fed noch nicht am Ende ihres Zinssenkungszyklus angekommen ist, ist wohl ein entscheidender Faktor für Wechselkursbewegungen im Jahr 2026. Die Fed agiert aktuell in einem äußerst herausfordernden Umfeld: die Zölle bergen Inflationsrisiken, gleichzeitig schwächt der Arbeitsmarkt.

Dass die Fed Luft für weitere Zinssenkungen hat, ist unbestreitbar, zumal das aktuelle Leitzinsniveau immer noch restriktiv ist. Schwieriger gestaltet sich die Frage des richtigen Timings und des notwendigen Ausmaßes der Senkungen. Zusätzliche Herausforderungen sind der politische Druck aus dem Weißen Haus und die bevorstehenden personellen Veränderungen im geldpolitischen Rat.

In unserem Basisszenario gehen wir davon aus, dass die Fed das Leitzinsniveau bis Mitte des Jahres bis zu einem Leitzinskorridor von 3,00 bis 3,25 % herunterschraubt und sich damit innerhalb des fundamental gerechtfertigten Rahmens bewegt.

Sollte die US-Notenbank sich aber dazu hinreißen lassen, deutlich aggressivere Zinssenkungen vorzunehmen oder gar neue Anleihekäufe zu erwägen, könnte jedoch die Unabhängigkeit der Fed in ernste Gefahr geraten. Resultat wäre ein dynamischer Anstieg der Renditen am langen Ende, eine deutlich steilere Kurve und ein (noch) schwächerer Dollar.

**Der Währungsausblick:
So sehen wir das Jahr 2026**

Mit Blick auf 2026 dürften die Devisenmärkte daher zunächst weiter auf die Entwicklungen in den USA schielen, schließlich ist der geldpolitische Pfad der Fed im Spannungsfeld zwischen Inflationsbekämpfung und schwächelndem Arbeitsmarkt alles andere als ausgemachte Sache.

Die von uns erwarteten Zinssenkungen in Kombination mit dem Verlust der Wachstumsdynamik in den USA sowie der durch Trump bedingten Unsicherheit rechtfertigen unserer Ansicht nach eine moderate Abwertung des Dollars in diesem Jahr.

EUR-USD: Moderates Aufwertungspotenzial

Was den Zinspfad der EZB betrifft, so ist der Boden des Zinssenkungszyklus bereits erreicht. Angesichts der von uns erwarteten Zinssenkungen der Fed entwickelt sich die Zinsdifferenz zum US-Währungsraum in der ersten Jahreshälfte zugunsten des Euro. Wir trauen dem Euro aber vor allem über die konjunkturelle Schiene Kursgewinne gegenüber dem Greenback zu: Höhere Investitionen in Verteidigung und Infrastruktur, insbesondere in Deutschland, dürften wohl für eine Konjunkturbelebung in der Eurozone sorgen.

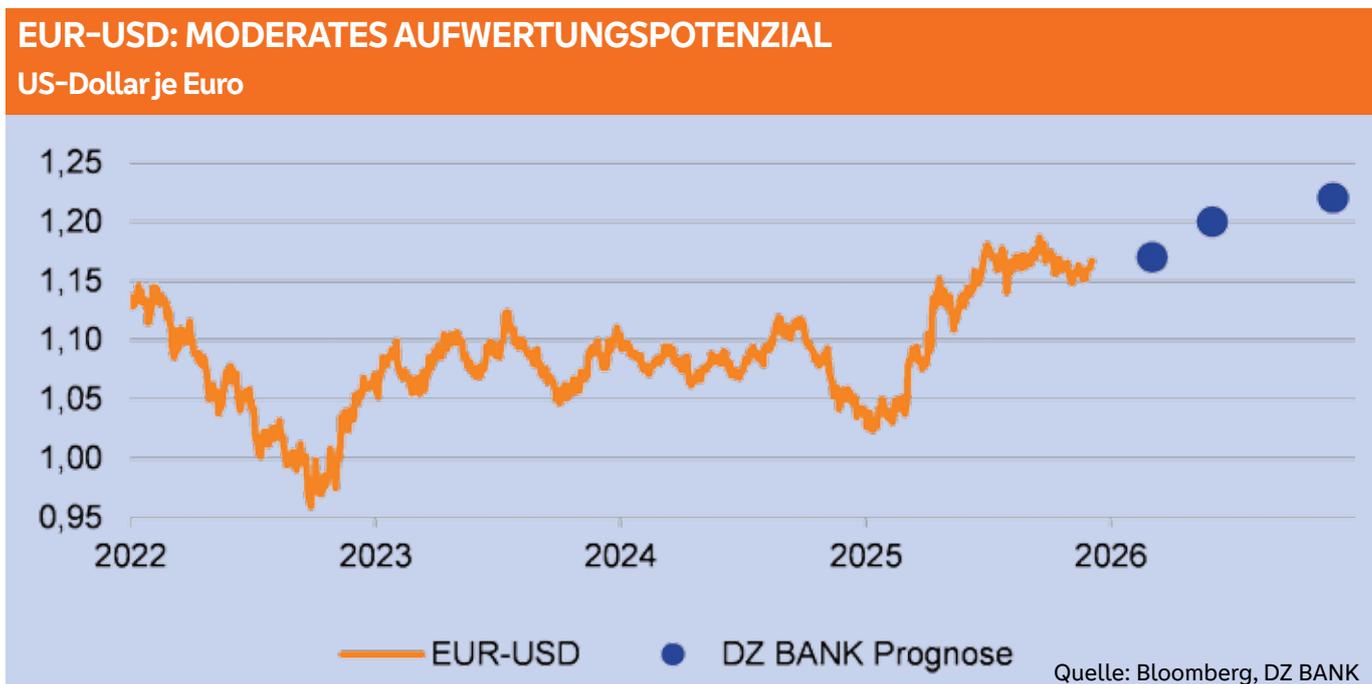
Dabei dürfte der Euro auch von der Tatsache profitieren, dass die wirtschaftliche Dynamik über die einzelnen Quartale hinweg etwas an Kraft gewinnt. Jenseits des Atlantik sollte das Wirtschaftswachstum zwar nicht so stark nachlassen wie vormals erwartet, allerdings rechnen wir ab dem zweiten Halbjahr mit für US-Verhältnisse vergleichsweise mäßigen Wachstumsraten von +0,5 % (Q/Q).

Allerdings glauben wir auch weiterhin nicht daran, dass es dem Euro gelingen kann, wirklich große Sprünge zu machen. Zum einen erwarten wir hierzulande keine blühenden Landschaften, vielmehr dürfte der konjunkturelle Schwung ohne begleitende Strukturreformen im kommenden Jahr wieder an Stärke verlieren. Zum anderen wird die Geldpolitik der EZB vor dem Hintergrund der Inflations-

entwicklung in diesem Jahr am unteren Rand des neutralen Bereichs bleiben. Marktseitige Zinserhöhungserwartungen, von denen der Euro profitieren würde, dürften sich selbst zum Jahresende noch nicht herauskristallisieren. Insgesamt rechnen wir über unseren Prognosehorizont daher mit höheren EUR-USD-Notierungen, jedoch keiner massiven Rally: 1,17 USD (+3M), 1,20 USD (+6M) und 1,22 USD (+12M).

Das restliche Währungsuniversum

Wir trauen einigen Währungen zu, dass sie sogar gegenüber dem Euro Kursgewinne erzielen. Unter den G10-Währungen sind dies der australische Dollar, der neuseeländische Dollar, die schwedische Krone, die jeweils vor allem von ihren sehr starken Wachstumsaussichten profitieren sollten, sowie der japanische Yen – angesichts der Zinserhöhungen der Bank of Japan (BoJ) sollte sich die Zinsdifferenz des japanischen zum europäischen bzw. US-Währungsraum zugunsten des Yen entwickeln. Die norwegische Krone wiederum sollte von zwischenzeitlich höheren Rohölnotierungen profitieren. Unter den Schwellenländerwährungen dürfte lediglich der polnische Zloty Euro und US-Dollar schlagen, der als mittlereuropäische EM-Währung von der globalen USD-Schwäche, einem festeren Euro und dem Ende der Leitzinssenkungen gestützt werden sollte.





Der Großteil der EM-Währungen (bis auf den ungarischen Forint und die tschechische Krone) dürfte jedoch sogar gegen den Greenback den Kürzeren ziehen: Zu ihnen gehört der brasilianische Real, der unter fiskalischen Sorgen und der US-Zollpolitik leiden dürfte. Für den südafrikanischen Rand wiederum stellen die strukturelle Wachstumsschwäche sowie die zerschlagene Regierungskoalition ein Belastungsfaktor dar. Wie immer reiht sich auch die türkische Lira in den Reigen der Währungen ein, von der wir in 2026 Kursverluste erwarten. Der Disinflationprozess gestaltet sich weiterhin schwierig und die Inflationsrate von aktuell knapp 33 % (J/J) ist Gift für die türkische Lira.

Renminbi dürfte zu Verlierern zählen

Auch der mexikanische Peso und der chinesische Renminbi dürften in diesem Jahr zu den Verlierern in unserem Währungsuniversum zählen: Der Peso sollte unter anderem von der Wachstumsschwäche, die durch die handelspolitische Unsicherheit besteht, ins Fadenkreuz geraten. Schließlich steht dieses Jahr die Überprüfung des Freihandelsabkommens mit den USA und Kanada auf der Agenda. Auch wenn Peking auf eine Abwertungspolitik seiner Währung verzichtet, dürfte der Renminbi nicht mehr ganz so fest

gegenüber Euro und Dollar notieren. Sollte die US-Administration nun versuchen, die Umleitungsmechanismen der chinesischen Warenströme in die USA verstärkt zu unterbinden, würde dies zweifellos einen Dämpfer für die Exporte bedeuten. Eine zu starke Währung wäre dann das letzte, was die chinesische Wirtschaft braucht.

Schweizer Franken im Mittelfeld

Im Mittelfeld, gefangen zwischen Euro-Stärke und Dollar-Schwäche, dürften in diesem Jahr u.a. der Schweizer Franken und das britische Pfund liegen. Der Franken handelt weiterhin auf hohen Niveaus – sehr zum Missfallen der Schweizer Zentralbank (SNB), die die damit verbundene importierte Deflation fürchtet. Der Druck auf die Währung sollte zunehmen, und wir rechnen folglich mit einer Abwertung des Franken gegenüber dem Euro.

Auch das britische Pfund dürfte in diesem Jahr an Boden gegenüber dem Euro verlieren, sich jedoch gegenüber einem ebenfalls angeschlagenen Dollar einigermaßen behaupten können. Hier stehen vor allem die geldpolitische Entwicklung und fiskalpolitische Risiken im Vordergrund – die auch mit dem neuen Budget sicherlich nicht ausgeräumt sind. Das mit der globalen Dollar-Schwäche einhergehende freundliche

EM-Sentiment sowie der noch festere Euro dürften den CE3-Währungen auf 12M-Sicht in die Hände spielen. Wie oben bereits erwähnt, gestehen wir dabei vor allem dem polnischen Zloty Gewinne gegenüber dem Dollar und dem Euro zu.

Ganz so optimistisch sind wir mit Blick auf den ungarischen Forint und die tschechische Krone allerdings nicht: Beide sollten zumindest im Verhältnis zum Euro leichte Verluste erleiden. Dabei kommt dem Forint zumindest auf kurze Sicht eine gewisse Sonderrolle zu: Im Frühjahr könnte für ihn die politische Unsicherheit im Umfeld der im April anstehenden Parlamentswahlen belastend wirken.

Autor

Mario Schimmels

Analyst Devisenmärkte und Geldpolitik

DZ BANK AG
Research und Volkswirtschaft
Platz der Republik
60325 Frankfurt am Main
Tel: 069 7447 53592
mario.schimmels@dzbank.de

Übersicht über die 2025 erschienenen Länderbeiträge, Servicethemen und Interviews:

Länderbeiträge

Ägypten	
Von Praktikern für Praktiker: Interkulturelle Kompetenz in Ägypten	Mai 25
Argentinien	
Im Fokus: Der steinige Weg Argentiniens zu wirtschaftlicher Stabilität	Apr 25
Brasilien	
Ländersteckbrief	Jun 25
Bulgarien	
Von Praktikern für Praktiker: Bulgarien führt jetzt den Euro ein	Dez 25
Chile	
Im Fokus: Auch ein Blick nach Chile lohnt sich	Apr 25
China	
Interview des Monats: „China bleibt als Innovationstreiber wichtig“	Mai 25
Von Praktikern für Praktiker: „China bleibt als Innovationstreiber wichtig“	Jul 25
Interview des Monats: Steigt das Interesse an China wieder?	Aug 25
Deutschland	
Von Praktikern für Praktiker: German American Business Outlook 2025	Apr 25
German Desk London: Britisch-deutscher Freundschaftsvertrag	Sep 25
Großbritannien	
German Desk London: Großbritanniens erfolgreicher Inflationsrückgang und die offenen Baustellen	Jan 25
German Desk London: Einführung der Electronic Travel Authorization (ETA) zur Einreise ins Vereinigte Königreich – und das Gegenstück der EU*	Mai 25
German Desk London: Britisch-deutscher Freundschaftsvertrag	Sep 25
Hong Kong	
German Desk Hong Kong: Hongkong setzt auf Tourismusrevival	Feb 25
German Desk Hong Kong: Handelskrieg mit Nebenwirkung: Wie Trumps Zölle Hong Kong neu Leben einhauchen	Jun 25
German Desk Hong Kong: Hongkongs IPO-Renaissance	Okt 25
Indonesien	
Interview des Monats: „Indonesien ist ein unterschätzter Riese“	Okt 25
Japan	
Im Fokus: Japan – ein sicherer Hafen in einem volatilen globalen Umfeld	Sep 25
Kanada	
Im Fokus: EU und Kanada wollen enger zusammenarbeiten	Aug 25
Karibik	
Lateinamerika	
Von Praktikern für Praktiker: Lateinamerika hat, was Europa braucht	Mrz 25
Malaysia	
German Desk Singapur: Johor-Singapore Special Economic Zone – Standortvorteile in Singapur und Malaysia erfolgreich nutzen	Apr 25
Niederlande	
Ländersteckbrief	Apr 25
Nigeria	
Ländersteckbrief	Jul 25
Norwegen	
Ländersteckbrief	Nov 25
Ostafrika	
Interview des Monats: Ostafrika – und sein Potenzial für den Verbund	Jan 25
Österreich	
Ländersteckbrief	Mai 25
Portugal	
Ländersteckbrief	Dez 25
Schweden	
Ländersteckbrief	Feb 25
Singapur	
German Desk Singapur: Johor-Singapore Special Economic Zone – Standortvorteile in Singapur und Malaysia erfolgreich nutzen	Apr 25
German Desk Singapur: Happy Birthday Singapore! 60 Jahre Unabhängigkeit	Dez 25
Spanien	
Ländersteckbrief	Okt 25
Südafrika	
Von Praktikern für Praktiker: Südafrika entwickelt sich zum IT-Hotspot	Jun 25
Südkorea	
Ländersteckbrief	Sep 25
Thailand	
Ländersteckbrief	Jan 25
USA	
German Desk New York: Die Entsendung von Fachkräften aus Deutschland in die USA: Trends, Herausforderungen und Tipps*	Mrz 25
Ländersteckbrief	Mrz 25
Von Praktikern für Praktiker: German American Business Outlook 2025	Apr 25
German Desk New York: US-Immobilienmarkt in der Klemme: Die Erschwinglichkeit von Wohnraum ist auf einem Tiefpunkt angelangt*	Jul 25
Von Praktikern für Praktiker: USA: Steuerliche Anreize für Investitionen vor Ort	Okt 25
German Desk New York: US-Energiepreise als Standortvorteil – oder wird Strom jetzt auch in Amerika teuer?*	Nov 25
Vereinigte Arabische Emirate	
Ländersteckbrief	Aug 25
Servicethemen	
Online-Tipp: „USA nach den Wahlen – Trump 2.0“	Feb 25
Meldeschnellen für Auslandszahlungen höher	Feb 25
Elektronische Einreisegenehmigung für Großbritannien	Feb 25
Neue Förderdatenbank Entwicklungsländer	Mrz 25

Indien als Schlüsselpartner im Indo-Pazifik	Mrz 25
Außenwirtschaftstag Gesundheitswirtschaft	Mrz 25
EU vereinfacht Vergabe von Ausschreibungen	Apr 25
Handelsabkommen der EU mit Chile in Kraft	Apr 25
Gute Konjunktur für Medizintechnik in Australien	Apr 25
Deutsch-indischer Handel auf neuem Rekordhoch	Mai 25
EU und Mexiko aktualisieren Handelsabkommen	Mai 25
Branchenguide: Lateinamerika und Karibik	Mai 25
IHK-Hub für nachhaltige Geschäftsaktivitäten	Jun 25
Schweiz: Portal zur Meldung von Arbeitseinsätzen	Jun 25
Geschäftsbanbahnungsreise nach Brasilien	Jun 25
10. Deutsch-Amerikanischer Wirtschaftstag	Jul 25
Neues Investorenvisum in Malaysia	Jul 25
Fact Sheet zur EU-Initiative „Global Gateway“	Jul 25
VR International „In 80 Minuten um die Welt“	Aug 25
EU-Sanktions-Helpdesk online	Aug 25
Hermesdeckung Flex&Cover bietet Flexibilität	Aug 25
VR International „In 80 Minuten um die Welt“	Sep 25
Bund weitet Hermes-Beratungsangebot aus	Sep 25
Brasilien Pharmamarkt wächst rasant	Sep 25
Neue DZ BANK Repräsentanz in Hanoi eröffnet	Okt 25
Thailand investiert groß in die Wasserwirtschaft	Okt 25
Kasachstan auf Medizintechnik-Import angewiesen	Okt 25
Auslandsmesseprogramm 2026 veröffentlicht	Nov 25
Tschechien erschließt neue Industrieparks	Nov 25
Schweiz im Blick: Webinar zu Recht und Zoll	Nov 25
Neuer Megaflughafen entsteht in Vietnam	Dez 25
EU-Dual-Use-Verordnung wird aktualisiert	Dez 25
Verschärfte Regeln für Einfuhr nach Libyen	Dez 25
Im Fokus	
Zwischen Hoffen und Bangen	Jan 25
Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken – aber wie?	Feb 25
Trump 2.0 - Zeitenwende in der Weltwirtschaft	Mrz 25
Der steinige Weg Argentiniens zu wirtschaftlicher Stabilität	Apr 25
Trotz Trump: Der globale Handel wächst weiter	Mai 25
IfW-Präsident: Die Regierung muss europäisch denken	Jun 25
Trumps Zollpolitik lastet auf dem Dollar	Jul 25
EU und Kanada wollen enger zusammenarbeiten	Aug 25
Japan – ein sicherer Hafen in einem volatilen globalen Umfeld	Sep 25
Ein noch zu oft unterschätzter Wirtschaftsfaktor	Okt 25
Wie Unternehmen ihre Resilienz stärken	Nov 25
Der globale Handel lässt sich nicht unterkriegen	Dez 25
Interview des Monats	
Ostafrika – und sein Potenzial für den Verbund	Jan 25
Mercosur: die größte Freihandelszone der Welt	Feb 25
„Zick-Zack-Kurs schlägt auf die Stimmung“	Mrz 25
Argentinien öffnet sich für ausländische Investoren	Apr 25
„China bleibt als Innovationstreiber wichtig“	Mai 25
EU-Binnenmarkt hat noch erhebliches Potenzial	Jun 25
Bei extremen Zollerhöhungen kann sich eine Hintertür öffnen	Jul 25
Steigt das Interesse an China wieder?	Aug 25
Das regelbasierte Handelssystem steht unter massivem Druck	Sep 25
„Indonesien ist ein unterschätzter Riese“	Okt 25
„Die EU muss sich als verlässlicher Partner in der Welt präsentieren“	Nov 25
Die richtige Digitalisierungsstrategie wird zum „Gamechanger“	Dez 25
Von Praktikern für Praktiker	
E-Invoicing international – die Zukunft der Rechnungsstellung	Jan 25
Cyberversicherung: Wenn alle Sicherheitsmaßnahmen versagen	Feb 25
Lateinamerika hat, was Europa braucht	Mrz 25
German American Business Outlook 2025	Apr 25
Interkulturelle Kompetenz in Ägypten	Mai 25
Südafrika entwickelt sich zum IT-Hotspot	Jun 25
China baut Top-Position im globalen Hafenranking aus	Jul 25
Soziale Initiativen, die von Unternehmen weltweit unterstützt werden	Aug 25
Effiziente Zollprozesse und Risikominimierung	Sep 25
USA: Steuerliche Anreize für Investitionen vor Ort	Okt 25
Tariff Engineering: Die Kunst, hohe Zollsätze zu vermeiden	Nov 25
Bulgarien führt jetzt den Euro ein	Dez 25
Serie „Praxiswissen Auslandsgeschäft“	
„In duplicate“ – was ist unter einem L/C vorzulegen?	Jan 25
CFR/CIF-Verträge – was bedeutet die Ankunftszeit?	Feb 25
„&“ bei L/C-Dokumenten – ein Dauerbrenner!	Mrz 25
EXW – oder doch besser FCA?	Apr 25
Vertragsstrafenklauseln ernst nehmen!	Mai 25
Bankgarantien – worauf der Exporteur achten sollte	Jun 25
Akkreditivübertragung vs. Abtretung von Akkreditivansprüchen	Jul 25
„Frei Haus“ – oder eine Incotermklausel?	Aug 25
Kaufmännisches Bestätigungsschreiben – oder auch nicht?	Sep 25
AGB wirksam vereinbart – sicher?	Okt 25
„FOB“ ist „FOB“ – oder?	Nov 25
FOB beim Containerseetransport – passt das?	Dez 25

Serie Praxiswissen Auslandsgeschäft

Entbindung von EU-Sanktionen bei EXW?

„Um die EU-Sanktionen brauche ich mich doch nicht zu kümmern, wenn EXW vereinbart wird. Ich brauche die Ware dann ja nur zur Abholung bereitzustellen und habe danach nichts mehr damit zu tun.“ – So einfach ist es aber nicht!

Die Dual-Use-Produkte GmbH unterhält eine Geschäftsbeziehung zu der russischen Spezial-Operation-Produkte OOO, mit der sie fortlaufend Exportgeschäfte auf EXW-Basis abschließt. Von dem Ukraine-Krieg will sich die Exporteurin das Geschäft nicht verderben lassen. Ihr fehlt auch jegliches Unrechtsbewusstsein bezüglich der Russland-Sanktionen der EU, obwohl ihre Geschäfte davon erfasst sind, da sie die Ware „nur“ auf ihrem Betriebsgelände zur Abholung durch einen von dem russischen Importeur beauftragten Spediteur bereitstellt und mit dem Transport nach Russland nichts zu tun hat. Bleibt ein solches Verhalten ohne Folgen?

Wie ist das Verhältnis zwischen den Incoterms und EU-Sanktionen?

Vorsicht! Es stellt einen weit verbreiteten Irrtum im internationalen Handel dar, dass Vertragsbedingungen wie die in einen Exportvertrag einbezogene Incotermklausel EXW, bei der der Gefahrübergang mit der Bereitstellung der Ware zur Abholung auf den Importeur übergeht, die Verpflichtungen des Exporteurs nach den EU-Sanktionen einschränken oder gar aufheben würde.

Durch privatrechtliche Vereinbarungen, wozu auch die Einbeziehung einer Incotermklausel in einen Vertrag gehört, kann nicht von EU-Sanktionen abgewichen werden. Ein EU-Exporteur muss alle erforderlichen Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, dass von EU-Sanktionen

betroffene Waren nicht in sanktionierte Bestimmungsländer wie Russland oder Belarus gelangen oder an sanktionierte Personen geliefert werden.

EU-Exporteure sind verpflichtet, die EU-Sanktionen einzuhalten, z. B. Handelsbeschränkungen für den Verkauf, die Ausfuhr oder die Weitergabe von Waren und Dienstleistungen nach Russland oder zur Verwendung in Russland. Sie trifft eine Haftung bei Verstößen, wobei es keine Rolle spielt, ob sie einen vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstoß gegen Sanktionen begehen. Eine Befreiung von der Haftung kann nicht durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden.

Wir setzen unsere Serie mit neuen Folgen fort!

Da Sanktionen zwingendes Recht sind, gilt dies auch für Versäumnisse bei der Erfüllung von Sorgfaltspflichten. Viel gravierender können sich aber verwaltungs- und strafrechtliche Konsequenzen für den Exporteur auswirken. Die durch einen sanktionsrechtlichen Verstoß mögliche Rufschädigung kann darüber hinaus sehr negative Folgen haben. Sollte es dennoch einmal zu einem Verstoß gekommen sein, kann eine freiwillige Selbstauskunft hierüber einen mildernden Faktor darstellen.

Die EU-Kommission weist in einer Mitteilung auf die Thematik hin, bezieht sich dabei allerdings ausdrücklich nur auf die Incotermklausel EXW. Für die Incotermklausel FCA dürfte aber (erst recht) nichts anderes gelten. Der wesentliche Unterschied zwischen diesen beiden Incotermklauseln besteht darin, dass der Exporteur bei der Incotermklausel FCA zusätzlich noch verpflichtet ist, die Exportware auf das ankommende Beförderungsmittel zu verladen. Der Irrtum, dass mit der Einbeziehung einer Incotermklausel in den Exportver-

trag sanktionsrechtliche Konsequenzen umgangen werden könnten, kommt vielen Exporteuren bei der Incotermklausel FCA aber möglicherweise deshalb nicht so schnell in den Sinn, weil sie hierbei – anders als bei der Incotermklausel EXW – für die Ausfuhrabwicklung, einschließlich der Zollformalitäten, verantwortlich sind.

Wie soll sich ein deutscher Exporteur verhalten?

Die Quintessenz aus dem Vorgesagten ist, dass die Parteien lediglich das wirtschaftliche Risiko durch eine entsprechende Vertragsgestaltung frei verteilen können, wie etwa den Gefahrübergang, ohne dass Vereinbarungen dieser Art jedoch Einfluss auf die zwingenden rechtlichen Verpflichtungen von EU-Exporteuren im Zusammenhang mit EU-Sanktionen haben. Sie sind verpflichtet, die EU-Sanktionen einzuhalten.

Die EU-Kommission fordert alle Wirtschaftsbeteiligten nachdrücklich auf, proaktive Maßnahmen zur Einhaltung der sanktionsrechtlichen Vorschriften zu ergreifen, und weist diesbezüglich auf Leitlinien zu Sorgfaltspflichten und Umgehungsrisiken hin. Von Verträgen, die gegen Sanktionsvorschriften verstoßen, ist dringend abzuraten, und ein Monitoring der Sanktionen sollte im Rahmen der Compliance-Maßnahmen sorgfältig durchgeführt werden.

Autor

Klaus Vorpeil ist Rechtsanwalt bei Neussel KPA Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB Kaufmannshof 1 55120 Mainz Tel.: 06131 62 60 80 Vorpeil@neusselkpa.de www.neusselkpa.de



Nutzen Sie die App „VR International“:

Zu vielen Fachbegriffen – zum Beispiel Akkreditiv, Inkasso, Garantien und Währungsabsicherung – gibt es informative Erklärvideos.





Digitale Identitäten im Vereinigten Königreich: Fortschritt und Bedenken

Das Vereinigte Königreich hat ambitionierte Pläne zur Einführung digitaler Identitätskarten angekündigt, die bis spätestens 2029 umgesetzt werden sollen. Diese Maßnahme wird als Schritt zur Modernisierung von Verwaltungsprozessen und zur Verbesserung der Sicherheit angesehen, während sie gleichzeitig eine intensive Diskussion über Datenschutz und Bürgerrechte auslöst.

Das geplante System wird hauptsächlich über eine Smartphone-App laufen und Informationen wie Aufenthaltsstatus, Geburtsdatum und Foto enthalten. Es wird für Personen ab 16 Jahren obligatorisch sein, wenn sie eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, während es für andere Gruppen optional bleibt. Die Regierung erhofft sich dadurch eine vereinfachte Verifikation und eine Beschränkung illegaler Beschäftigung.

Befürworter der digitalen IDs betonen die Effizienzsteigerung und die Betrugsbekämpfung, die mit ihrer Einführung einhergehen. Die Integration in staatliche Dienste soll Antragstellern den Zugang zu Leistungen erleichtern und die Verwaltung vereinfachen.

Opposition gegen das System kommt von Bürgerrechtsgruppen und politischen Parteien, die mögliche Überwachung und den Verlust der Privatsphäre fürchten. Kritiker warnen, dass solche Systeme zu einer verstärkten Kontrolle durch den Staat führen könnten und die Sicherheit persönlicher Daten gefährdet sei.

Das Vereinigte Königreich blickt auf die erfolgreichen Implementierungen digitaler Identitätssysteme in Ländern wie Estland und Dänemark, die als Vorbilder für die nahtlose Integration in staatliche und finanzielle Dienstleistungen dienen.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass solche Systeme sowohl effizient als auch sicher gestaltet werden können. In Estland ist die digitale ID ein unverzichtbarer Bestandteil des täglichen Lebens und der Verwaltung. Jeder Bürger und Einwohner ist verpflichtet, eine digitale ID zu besitzen, die für eine Vielzahl von Anwendungen genutzt wird, von Online-Banking über digitale Signaturen bis hin zu staatlichen Dienstleistungen. Diese obligatorische Nutzung ist Teil eines hochmodernen E-Government-Systems, das weltweit als eines der fortschrittlichsten anerkannt ist. Bisher wurden in der Geschichte des Vereinigten Königreichs solche ID-Systeme häufig diskutiert und aus verschiedenen Gründen, wie Kosten und Eingriff in persönliche Freiheiten, verworfen.

Die Einführung digitaler Identitätskarten im Vereinigten Königreich markiert einen bedeutenden Schritt in Richtung Digitalisierung und verwaltungstechnische Effizienz. Dennoch bleibt die Debatte über Datenschutz und Bürgerrechte ein zentraler Punkt, der sorgfältige Überlegungen erfordert. Ein transparenter Prozess, der die Bedenken der Bürger ernst nimmt und gleichzeitig technologische Innovationen fördert, ist entscheidend für die erfolgreiche Einführung.

Stefanie Blaumoser



Kontakt

DZ BANK AG
 German Desk London
 LO/SFLL
 150 Cheapside
 London EC2V 6ET
 german-desk.london@dzbank.de

DZ BANK mit starker Marktposition in der Exportfinanzierung

Die DZ BANK behauptet ihre Spitzenposition in der Exportfinanzierung – exemplarisch dargestellt anhand zweier bedeutender Handelspartner Deutschlands. Im Jahr 2024 führte sie bei Exportfinanzierungen in die Türkei sowohl nach Volumen als auch nach Anzahl der Transaktionen die Rangliste der deutschen Banken an. Darüber hinaus war die DZ BANK im Zeitraum von 2020 bis 2024 global führend bei Exportfinanzierungen nach China.

Quelle: TXF Media

Vereinigtes Königreich

Als James Hargreaves 1764 die „Spinning Jenny“ – die erste Maschine, die mehrere Fäden gleichzeitig spinnen konnte – erfand, ahnte er nicht, dass er damit auch den roten Faden einer nationalen Identität spinnen würde: den Innovationsgeist. Schließlich war das Vereinigte Königreich Pionier der Industriellen Revolution, Motor des Welthandels im 19. Jahrhundert und eines der Gründungszentren globaler Finanzmärkte. Im United Kingdom (UK), einst „Werkstatt der Welt“, werden heute statt Baumwolle Datenströme verarbeitet, statt Textilfabriken entstehen Tech-Hubs und statt imperialer Expansion prägen Dekarbonisierung und Digitalisierung den Kurs der Insel, deren künftige Wettbewerbsfähigkeit davon abhängt, wie geschickt sie alte und neue Fäden verknüpft. Denn das Königreich steht seit dem Brexit vor tiefgreifenden Herausforderungen.

Politische Lage

Das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland sind ein Einheitsstaat, wengleich stark dezentralisiert. Er besteht aus den vier Landesteilen England, Schottland, Wales und Nordirland, deren Autonomierechte im Laufe der Zeit durch Machtübertragung erheblich gewachsen sind, während die volle Souveränität beim Parlament in Westminster liegt. Staatsoberhaupt ist seit 2022 König Charles III., dessen Rolle vornehmlich repräsentativ



ist. Die eigentliche politische Macht im UK liegt bei der Regierung unter Führung des Premierministers und beim Unterhaus. Das Vereinigte Königreich, das als erste globale Supermacht der Neuzeit in die Geschichte einging, gilt als Geburtsort der industriellen Revolution und eine Wiege moderner Marktordnung, des Pa-

tentrechts sowie des internationalen Handels. Aus dieser Ära stammt auch das global prägende Common-Law-System, das auf Präzedenzfällen aufbaut und in den meisten englischsprachigen Ländern und vielen Commonwealth-Staaten das rechtliche Fundament bildet. Das englische Common Law bildete wiederum im Wesentlichen die historische Grundlage für das moderne internationale Handels-, See- und Vertragsrecht.

Nach den beiden Weltkriegen trat das UK im Januar 1973 der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. Das Land war – bis zu seinem Austritt im Januar 2020 – insgesamt 47 Jahre lang Mitglied der EU.



London bleibt trotz Brexit einer der führenden Finanzplätze der Welt. Das Foto zeigt das Finanzviertel Canary Wharf.

Die fünf größten Geschäftsbanken

HSBC
Barclays
Lloyds Banking Group
NatWest Group
Standard Chartered

Quelle: DZ BANK

Der Brexit markierte einen fundamentalen Kurswechsel in der britischen Außen- und Europapolitik. Es folgten langwierige Austrittsverhandlungen, in denen Nordirland eine Sonderstellung einnahm, die durch das Brexit-Austrittsabkommen, das Nordirland-Protokoll und das später vereinbarte Windsor Framework weiter ausdifferenziert wurde. Das Ziel: den EU-Binnenmarkt schützen, eine harte Landgrenze in Irland verhindern und dabei den innerbritischen Handel funktionsfähig halten. De facto bleibt Nordirland im Warenbereich enger an den EU-Binnenmarkt angebunden als der Rest des Königreichs.

Die Jahre seit dem Referendum im Juni 2016 führten zu einer Häufung von Rücktritten von Premiers, parteiinternen Machtkämpfen und Neuwahlen. Nach Jahren konservativer Staatsführung hat die Labour-Regierung unter Premierminister Keir Starmer einen Kurswechsel hin zu planbarer und pragmatischerer Politik eingeleitet. Die Beziehungen zur EU haben sich seit dem formalen Austritt schrittweise von konfrontativen Verhandlungen zu einer vorsichtigen Wiederannäherung entwickelt. Beispielhaft hierfür steht das Handels- und Kooperationsabkommen (TCA), das seit 2021 die wirtschaftlichen Beziehungen regelt. Ergänzt wird es durch neue politische Formate wie den EU-Großbritannien-Gipfel 2025 in London. Hinzu kommen neue bilaterale Initiativen.

Wirtschaftsstruktur

Großbritannien zählt zu den wichtigsten Absatz- und Arbeitsmärkten Europas, wengleich regionale Unterschiede die Wirtschaft prägen: Der Süden Englands und London wachsen, während der Norden und die Midlands mit den Folgen des Strukturwandels kämpfen. Schottland ist hingegen stark von Öl und Gas abhängig und positioniert sich zunehmend als Zentrum für erneuerbare Energien, während Nordirland dank seines Sonderstatus verstärkt ausländische Investitionen anzieht. Wales wiederum ist industriell breit aufgestellt, doch ländliche Regionen bleiben benachteiligt. Die britische Wirtschaftsstruktur ist klar dienstleistungsdominiert: Der absolute Großteil der Bruttowertschöpfung wird dort erzielt, darunter vor allem Finanz- und Unternehmensdienstleistungen sowie wissensintensive Services. Kreative Industrien, Bildung und Tourismus sind wichtige Ergänzungen. London bleibt trotz Brexit einer

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung
(in Prozent)

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (real)	Inflationsrate (Jahresdurchschnitt)	Haushaltssaldo (BIP)
2022	4,8	9,1	-4,6
2023	0,4	7,3	-6,1
2024	1,1	2,5	-5,7
2025*	1,1	3,1	-4,4

*vorläufige Prognose
Quellen: Germany Trade & Invest, Statista

Entwicklungen in der Außenwirtschaft
(in Mio. USD)

Jahr	Leistungsbilanzsaldo	Direktinvestitionen (netto)	Währungsreserven (ohne Gold)
2021	-13.740	-71.470	203.709
2022	-65.680	14.912	125.700
2023	-118.280	-89.247	114.900
2024	-96.810	-40.000	119.300

v = vorläufig s = geschätzt
Quellen: Germany Trade & Invest, Statista, Bank of England

der führenden Finanzplätze der Welt – direkt hinter New York. Daneben haben sich Cluster in den Bereichen digitale Plattformen, Fintech und High-Tech-Dienstleistungen herausgebildet, die die Rolle der Stadt als einer der wichtigsten Knotenpunkte der globalen Daten- und Kapitalströme untermauern. Die anderen Branchen tragen einen kleineren Anteil zur britischen Wirtschaftsleistung bei wie der Bergbau und die Industrie mit 13,1 % oder der Handel, Gaststätten und Hotels mit 12,5 % (2023). Parallel investiert das Vereinigte Königreich in

aufstrebende Nischen wie Batteriezellfertigung, Halbleiterdesign, Hochtechnologie-Fertigung und Wasserstofftechnologien, in denen neue Gigafactories und Technologieparks entstehen. Neben Öl- und Gasförderung in der Nordsee hat das Königreich außerdem eine der weltweit größten Kapazitäten im Offshore-Wind aufgebaut. Mehrere Großprojekte an der Nordseeküste, der Ausbau der Netzinfrastruktur sowie CO₂-Abscheidungs- und Speichercluster sollen die Industrie dekarbonisieren und neue Wertschöpfung schaffen.



Siemens Gamesa ist ein führender Anbieter von Offshore-Windkraftanlagen für den britischen Markt mit einer großen Produktionsstätte in Hull.

Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland mit dem Vereinigten Königreich (in Mio. EUR)

Jahr	Deutsche Ausfuhr	Deutsche Einfuhr	Saldo
2021	65.400	32.100	33.300
2022	73.800	40.500	33.300
2023	78.400	36.800	41.600
2024	80.300	36.100	44.200

Quellen: Germany Trade & Invest, Destatis

UK verfügt ferner über eine ausgeprägte technologische sowie akademische Basis. Weltweit führende Universitäten, eine lebendige Startup-Szene und hohe Venture-Capital-Investitionen machen Großbritannien zu einem der wichtigsten Standorte für KI-Startups in Europa. Tatsächlich gibt es auf der Insel mehr KI-Startups als in Deutschland und Frankreich zusammen. Angeführt wird die britische Wirtschaft vom wertvollsten Unternehmen Astra-Zeneca (Pharmabranche), gefolgt vom Energieriesen Shell und der größten europäischen Bank HSBC. Gleichzeitig kämpft das Land mit einem paradoxen Phänomen: Trotz exzellenter Ausbildung wandern hochqualifizierte Fachkräfte in andere Märkte ab – der so genannte „brain drain“.

Wirtschaftslage und Wirtschaftspolitik

Mit einem nominalen BIP von über 3,8 Billionen US-Dollar rangierte das Vereinigte Königreich 2024 auf dem sechsten Platz der größten Volkswirtschaften der Welt. Knapp 70 Millionen Einwohner leben in Großbritannien und Nordirland. Die Arbeitslosenquote bewegt sich mit 4,3 % in einem moderaten Bereich; jedoch gibt es Engpässe bei qualifizierten Arbeitskräften und regionale Disparitäten. Tatsächlich herrscht in Großbritannien derzeit ein Fachkräftemangel, der fast alle Sektoren betrifft: vom Gastgewerbe über das Gesundheitswesen bis hin zu Ingenieuren. Dieser speist sich aus mehreren Faktoren: dem Wegfall der EU-Personenfreizügigkeit, dem demografischen Wandel und einer erhöhten Anzahl Langzeiterkrankter nach der Covid-19-Pandemie.

Aufgrund von entgangenem Wachstum hat sich die britische Wirtschaftsleistung nach dem Brexit deutlich verschlechtert. Fünf Jahre nach dem Austritt aus der EU befindet sich die Insel in einer Phase tiefgreifender Neuordnung: Handel, Migration, Recht und Wirtschaftsstrategie werden neu austariert – zwischen dem Anspruch

regulatorischer Eigenständigkeit und der Notwendigkeit enger Verflechtung mit Europa und der Welt. Doch die britische Volkswirtschaft hat nach dem tiefen Einbruch in der Pandemie und mehreren schwachen Jahren mittlerweile einen moderaten Wachstumspfad eingeschlagen. Seit 2023 verzeichnet das Land wieder ein positives BIP-Wachstum. Die Inflation, die zu Pandemie-Zeiten einen Höchststand von über 9 % erreichte (2022), liegt dank entschlossener Zinserhöhungen der Bank of England inzwischen bei rund 2,5 %. Die

Dos and Don'ts im Vereinigten Königreich

- ▶ Die ideale Uhrzeit für einen Besprechungsbeginn ist der späte Vormittag (10 oder 11 Uhr). Eine Anfrage für einen Termin vor 9 Uhr gilt als unhöflich.
- ▶ „Shake hands“ ist bei Geschäftstreffen üblich, oft aber nur beim ersten Kennenlernen. Die sehr formelle Frage „How do you do“ oder informeller „How are you“ gehört zum Begrüßungsritual und ist eine Floskel, nicht mehr und nicht weniger.
- ▶ Visitenkarten können Sie gleich zur Begrüßung überreichen. Verzichten Sie auf plumpe Werbegeschenke. Der Gastgeber stellt dem wichtigsten Gast die anderen Gesprächsteilnehmer kurz vor.
- ▶ Wenn Sie gemeinsam den Besprechungsraum betreten, gehen Höhergestellte und Frauen zuerst (Ladies first). Anders beim Restaurantbesuch: Hier geht der Mann voran und lässt der Dame ausnahmsweise nicht den Vortritt.

Ratingagentur S&P Global bewertete die Bonität des Vereinigten Königreichs zuletzt mit der Note „AA“ mit stabilem Ausblick (die einstige Bestnote „AAA“ wurde direkt nach dem Brexit-Referendum entzogen).

Der Bedarf an spezialisierten Dienstleistern, bürokratische Hürden, neue Grenzformalitäten und Ursprungsnachweise erhöhen die Transaktionskosten im Handel mit dem UK und belasten allen voran kleine und mittlere exportorientierte Unternehmen auf beiden Seiten des Kanals – Faktoren, die Margen schmälern und Geschäftsmodelle mit knappen Lieferzeiten unter Druck setzen. Die Wirtschaftspolitik reagiert darauf mit einer Doppelstrategie: Zum einen sollen gezielte Investitionsprogramme die Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsselbranchen stärken. Zum anderen

setzt die Regierung auf regulatorische Autonomie, die bewusst von der EU abweicht, um Innovation zu beschleunigen und Standortvorteile zu generieren. Ein Beispiel ist der Electronic Trade Documents Act, der als erstes Gesetz einer großen Industrienation digitale Handelsdokumente den Papieroriginalen rechtlich gleichstellt.

Auch im Agrarbereich weicht man von der EU-Politik ab: Über die Environmental Land Management Schemes werden Subventionen stärker an ökologische Leistungen geknüpft – etwa Biodiversität, Bodenschutz und Klimaschutz – statt primär an Flächenbesitz. Damit versteht sich das Land als Labor für neue Formen „grüner“ Agrarpolitik, deren Ergebnisse auch für EU-Akteure interessant sind. Parallel modernisiert die Regierung die Grenzabfertigung mit dem Border Target Operating Model, das 2024 schrittweise eingeführt wurde und Gesundheits- sowie Sicherheitskontrollen stärker digitalisiert.

Außenhandel mit Deutschland und der Welt

Seit sich das Vereinigte Königreich aus dem EU-Binnenmarkt herausgelöst hat, ist der Warenhandel mit europäischen Partnern im Vergleich zu einem No-Brexit-Szenario spürbar geringer, während die Bedeutung anderer Länder wie China und den USA zunimmt. Zwar bleibt die EU insgesamt der wichtigste Handelspartnerblock, doch die Gewichte verschieben sich. Das UK hat mittlerweile über 70 Handelsabkommen geschlossen, von denen die meisten „Roll-over“-Vereinbarungen sind, die bestehende EU-Abkommen ersetzen. Außerdem ist es eine zentrale Macht in der NATO, im G7- bzw. G20-Forum sowie im globalen Finanzsystem.

Die Hauptabnehmerländer waren 2024 die USA mit 14,1 %, China mit 9,1 % und Deutschland mit 7,5 %. Zu den Hauptlieferländern wiederum gehören China mit 12,2 %, die USA mit 11,4 % und die Bundesrepublik mit 9,4 %. Deutschland zählt also weiter zu den wichtigsten Handelspartnern des Vereinigten Königreichs. Die wichtigsten Einfuhrgüter ins UK waren 2024 Kfz und -Teile mit 10,7 %, chemische Erzeugnisse mit 9,6 % und Gold mit 9,5 %, die wichtigsten Ausfuhrgüter wiederum Maschinen mit 16,2 %, Gold mit 13,2 % und chemische Erzeugnisse mit 12,8%. Branchen wie Automotive, Chemie und Pharma sind teils erheblich von den neuen Zollstandards betroffen, während Logistikdienstleister und die Rüstungsindustrie von den gestiegenen Anforderungen und neuen Handelsfeldern profitieren.

Über Europa hinaus verfolgte London lange Zeit die Strategie des „Global Britain“ (eine Post-Brexit-Vision der Ex-Premiers Theresa May und Boris Johnson), die auf eine stärkere Nutzung historischer Netzwerke wie des „Commonwealth of Nations“ setzt – ein Bündnis, aber keine Freihandelszone, von 56 Staaten (überwiegend ehemalige Territorien des Em-

pire), das als Türöffner für bilaterale Abkommen dienen soll. In diesem Kontext hat Großbritannien wegweisende Verträge mit Australien, Indien, Japan, Neuseeland und dem CPTPP abgeschlossen und führt fortgeschrittene Verhandlungen mit dem Golfkooperationsrat. Das USA-UK-Handelsabkommen vom Mai 2025 und der im Juli 2025 unterzeichnete Vertrag über Freundschaft und bilaterale Zusammenarbeit mit Deutschland ergänzen das Spektrum.

Aussichten

Die Aussichten für das Vereinigte Königreich waren vermutlich seit dem Brexit nie positiver: Der britische Markt bleibt chancenreich, aber zugleich anspruchsvoll. Einerseits gibt es strukturelle Belastungen. Andererseits verfügt das Land über außergewöhnliche Stärken wie globale Finanz- und Rechtsinfrastruktur, die Life-Sciences-Cluster oder führende Positionen bei Offshore-Wind. Chancen ergeben sich für deutsche Unternehmen besonders in zukunftsrelevanten Sektoren wie Digitalisierung und KI, grüne Technologien sowie Verteidigung. UK ist jedoch mittlerweile ein deutlich anspruchsvollerer Markt ge-

Hauptimportgüter des Vereinigten Königreichs
(in Prozent der Gesamteinfuhr 2024)

Kfz und -Teile	10,7
Chemische Erzeugnisse	9,6
Gold	9,5
Maschinen	9,4
Nahrungsmittel	8,5

Quelle: Germany Trade & Invest (GTAI)

worden, der ohne professionelle Vorbereitung, eine digital gestützte Compliance-, Steuer- und Zoll-Architektur und strategische Partnerschaften vor Ort schwer zu erschließen ist (wichtige Begriffe: ABD, Carnet ATA, EORI und GVMS).

Die Nation, deren Kohle einst die Dampfmaschinen antrieb, positioniert sich nun als Akteur der Dekarbonisierung, der regulatorischen Innovation und der sicherheitspolitischen Stabilisierung Europas – entgegen der einstigen Außenpolitik der „splendid isolation“. Ob das neue Gewebe aus digitaler Avantgarde, grüner Industrie und globaler Handelsdiplomatie ebenso tragfähig wird wie der Stoff der Industriel- len Revolution, wird sich erst in den kommenden Jahren zeigen.

Eckdaten für den Export nach Großbritannien

Bevölkerung: 69,9 Millionen	Wichtige Seehäfen: Belfast, Birmingham, Bristol, Cambridge, Cardiff, Isle of Man, Jersey, Edinburgh, Glasgow, London, Manchester u.a.
Hauptstadt: London	Korrespondenzsprachen: Englisch
Währungseinheit: 1 Pfund Sterling = 100 Pence ISO-Code: GBP	WICHTIG: Damit Waren aus Großbritannien zollrechtlich abgefertigt werden können, müssen diese beim Zoll angemeldet werden. Die Anmeldung erfolgt durch die Abgabe einer Zollanmeldung, die für alle Waren mit den gesetzlich geforderten Angaben erstellt werden muss. Im gewerblichen Warenverkehr sind dabei insbesondere eine Warenbeschreibung und die Angabe der EORI-Nr. des Empfängers zwingend notwendig.
Wichtige Feiertage: 1. Januar Neujahr 3. April Karfreitag 6. April Ostermontag 4. Mai Early May Bank Holiday 25. Mai Spring Bank Holiday 31. August Summer Bank Holiday 25. Dezember Christmas Day 28. Dezember Boxing Day	Euler Hermes Länder-Klassifizierung: ./. <small>Hinweis: Die Entgeltberechnung erfolgt anhand eines Markttests.</small>
Zollflughäfen: London Dover, Felixstow, Liverpool, Southampton, Edinburgh, Milford Haven u.a.	

Aktuelle Länderinformation und einen Euro-Umrechner finden Sie in der App „VR International“, die Sie kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen können.

Nützliche Adressen

Britische Botschaft in Berlin
Wilhelmstraße 70/71
10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 204-570
ukingermany@fcdo.gov.uk
<https://de.usembassy.gov/de>

Deutsch-Britische AHK
Mecklenburg House
16 Buckingham Gate
London SW1E 6LB
Tel: +44 (0) 20 797 64 100
mail@ahk-london.co.uk
<https://grossbritannien.ahk.de>

**DZ BANK AG
German Desk London**
LO/SFLL
150 Cheapside
London EC2V 6ET
Tel.: +44 (0) 20 7776 6076
london@dzbank.de

Wo sind aktuell die größten Herausforderungen?

Der Handel ist vermutlich so alt wie die Menschheit. Einen Rahmen für den globalen Warenverkehr schafften aber erstmals im Jahr 1919 eine Gruppe von Industriellen, Kaufleuten und Finanziers aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA mit der Gründung der Internationalen Handelskammer (ICC). Vor 100 Jahren schloss sich auch Deutschland an. Seit dieser Zeit setzt sich die ICC Germany für die Prinzipien des freien und regelbasierten Welthandels ein. In Zeiten wachsender geopolitischer Spannungen und protektionistischer Tendenzen steht dieses System allerdings unter Druck. Anlässlich des Jubiläums haben wir mit ICC-Generalsekretär Oliver Wieck über die Herausforderungen des globalen Handels gesprochen.

VR International: Die ICC setzt sich bereits seit ihrer Gründung für einen offenen und regelbasierten Handel ein. Steht dieser jetzt auf dem Prüfstand?

Oliver Wieck: Der regelbasierte Welthandel steht heute stärker unter Druck als in vergangenen Jahrzehnten: geopolitische Spannungen, wachsende Regulierung und neue Handelsbarrieren belasten das System. Das betrifft die gesamte Wirtschaft – kleinere Unternehmen allerdings besonders, weil sie weniger Spielraum haben, solche Veränderungen abzufedern. Umso wichtiger bleibt unser Gründungsauftrag: Ein offener, transparenter Handel ist die Grundlage für Stabilität, Innovation und Wohlstand und damit aktueller denn je.

VR International: Besteht die Gefahr, dass der regelbasierte Welthandel durch das Recht des Stärkeren ersetzt wird?

Oliver Wieck: Diese Gefahr besteht. Sobald Handelsregeln ausgehöhlt werden, sinkt die Planungssicherheit – und genau darauf sind exportorientierte Unternehmen angewiesen. Für Deutschland als Handelsnation wäre ein System, in dem politische Macht statt geregelter Verfahren den Ausschlag gibt, besonders problematisch. Mittelständische Exporteure wären davon überproportional betroffen, weil sie internationale Risiken seltener mit eigenen Strukturen abfedern können. Insgesamt würde ein solches Umfeld Innovation, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit deutlich erschweren.

VR International: Die ICC setzt sich für eine Stärkung des Multilateralismus ein und arbeitet an Konzepten zur Reform des internationalen Handelssystems. Was verbirgt sich dahinter und wie sieht aus Ihrer Sicht das Handelssystem der Zukunft aus?

Oliver Wieck: Unser Ziel ist ein handelspolitisches System, das wieder berechenbar ist und den wirtschaftlichen Realitäten

einer digitalisierten Welt entspricht. Wir benötigen moderne Handelsstrukturen, effizientere Streitbeilegung, klarere Regeln und digitale Prozesse, die den Handel vereinfachen. Gerade kleinere Unternehmen profitieren davon, weil sie heute unverhältnismäßig viel Aufwand mit Dokumentations- und Verwaltungsanforderungen haben. Das Handelssystem der Zukunft muss widerstandsfähiger, digitaler und inklusiver sein – damit es Unternehmen jeder Größe ermöglicht, international erfolgreich zu sein.

VR International: Wo sehen Sie die größte Herausforderung?

Oliver Wieck: Es ist die zunehmende geopolitische Fragmentierung. Nationale Alleingänge, Sanktionen und divergierende Standards schaffen weltweit Unsicherheit, und das spüren Unternehmen aller Branchen. In einer ICC-Umfrage unter Wirtschaftsverbänden in mehr als 100 Ländern gilt Unsicherheit als größte Belastung. Für kleinere Firmen ist sie besonders kritisch, weil sie weniger flexibel reagieren können. Hinzu kommen strukturelle Aufgaben wie Klimaschutz und Digitalisierung. All diese Herausforderungen lassen sich nur durch internationale Kooperation bewältigen, Abschottung löst kein einziges Problem.

VR International: Kaum ein Thema war für den Handel in diesem Jahr so prägend wie die US-Zollpolitik. Müssen sich Unternehmen besser auf Compliance- und Zollrisiken sowie protektionistische Tendenzen vorbereiten?

Oliver Wieck: Unternehmen müssen heute agiler und vorausschauender handeln als früher. Das bedeutet professionelle Risikoanalysen, bessere Compliance-Strukturen und – wo möglich – eine breitere Aufstellung der Lieferketten. Für viele kleinere Unternehmen ist das ein

Interview mit ...

Oliver Wieck

Generalsekretär von ICC Germany, dem deutschen Nationalkomitee der Internationalen Handelskammer (ICC)

www.iccgermany.de



zusätzlicher Aufwand, der aber notwendig ist, um flexibel auf politische Veränderungen reagieren zu können. Gleichzeitig sollten wir das Gesamtbild nicht aus den Augen verlieren: Ein großer Teil des Welthandels läuft weiterhin stabil auf Basis der WTO-Regeln. Die Herausforderungen sind ernst, aber sie sind beherrschbar, wenn Wirtschaft und Politik gemeinsam an mehr Verlässlichkeit arbeiten.

VR International: Wie wird die „Künstliche Intelligenz“ den globalen Handel verändern?

Oliver Wieck: Die KI ist Teil eines umfassenden digitalen Wandels, der den internationalen Handel zunehmend prägt. Automatisierte Prozesse, intelligente Dokumentenprüfung, effizientere Logistik oder bessere Risikoanalysen – all das entsteht durch die Kombination aus Digitalisierung und KI-Technologien. Für Unternehmen bedeutet das: weniger Kosten, mehr Transparenz und schnellere Abläufe. Besonders kleinere Firmen können davon profitieren, weil digitale Lösungen ihnen ermöglichen, Prozesse zu vereinfachen, die früher hohe Ressourcen gebunden haben. Entscheidend ist, dass dieser technologische Fortschritt verantwortungsvoll eingesetzt wird und auf klaren internationalen Standards basiert. Daran arbeiten wir intensiv.

VR International: Die Auslands-App der Genossenschaftsbanken im neuen Design

Der deutsche Mittelstand steht vor großen Herausforderungen, darunter geopolitische Verwerfungen, Lieferkettenprobleme und Währungsrisiken. Die Anwendung „VR International“ unterstützt Unternehmen dabei, Risiken und Chancen im Außenhandel zu erkennen und zu managen. Im Zuge der Überarbeitung erhielt VR International ein neues Design und eine intuitivere Navigation.

Die digitale Informations- und Kommunikationsplattform VR International wurde überarbeitet und bietet nun sowohl auf der Website der Genossenschaftsbanken als auch über die App ein modernisiertes Nutzererlebnis. Die Neugestaltung konzentriert sich auf die App, die nun stilistisch an die Website angepasst wurde. Dies erleichtert die Arbeit mit der Anwendung für die Firmenkunden der Genossenschaftsbanken, da nun eine konsistente Benutzererfahrung über Website und App für Smartphone und Tablet vorhanden ist.

Eine zentrale Funktion der App ist der integrierte Währungsrechner. Für Firmenkunden, die regelmäßig internationale Geschäfte durchführen, ist die jederzeit griffbereite Wechselkursberechnung von Vorteil.

Sowohl auf der Website als auch in der App VR International finden Nutzer den DZ Research Blog mit fundierten Beiträ-

gen der DZ BANK Volkswirte. Dieser analysiert aktuelle Daten zu konjunkturellen Trends, bewertet die neuesten Entwick-



lungen an den Kapitalmärkten und kommentiert die Auswirkungen politischer Ereignisse auf die Wirtschaft.

Auf der Website und in der App finden Unternehmen zudem den Kontakt zum

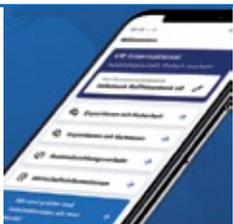
zuständigen Ansprechpartner für das Auslandsgeschäft in ihrer Genossenschaftsbank. Mit VR International sind die Kunden der Genossenschaftsbanken somit gut aufgestellt, um ihre Auslandsgeschäfte mit entsprechender Beratung durchzuführen.

So unterstützt Sie VR International

Wählen Sie zunächst das Export- oder Importland aus und geben Sie anschließend an, ob es sich bei Ihrem Geschäft um den Handel mit Waren oder Dienstleistungen handelt. Daraufhin erhalten Sie erste Informationen zu Länderrisiken, zur Zahlungsabsicherung, zu Garantien, Lieferbedingungen und Erfolgsfaktoren für einen Geschäftsabschluss. Dies gilt auch für Auslandszahlungen: Wählen Sie hier „Zahlung leisten“ oder „Zahlung empfangen“.

Sie haben dann die Möglichkeit, die Basisdaten Ihres Export- bzw. Importgeschäfts oder Ihrer Auslandszahlung im Rahmen einer konkreten Anfrage an Ihre Genossenschaftsbank zu senden. Diese wird sich anschließend für einen Beratungstermin mit Ihnen in Verbindung setzen.

Die App steht Ihnen für Smartphone und Tablet kostenlos in den App-Stores für iOS und Android zur Verfügung.



Digitale Plattform „VR International“: Mehrwert für Ihre internationalen Geschäfte

Die App „VR International“, die das monatlich erscheinende Fachmagazin ergänzt, können Sie sich kostenlos in den App Stores (Android und iOS) herunterladen.



IMPRESSUM

Herausgeber: DG Nexolution eG
Redaktion: MBI Martin Brückner Infocource GmbH & Co. KG
Rudolfstr. 22-24, 60327 Frankfurt am Main
Objektleitung: Andreas Köller, DG Nexolution eG, E-Mail: andreas.koeller@dg-nexolution.de
Verlag: DG Nexolution eG
Vertreten durch den Vorstand: Marco Rummer (Vorsitzender),
Dr. Sandro Reinhardt, Florian P. Schultz
Leipziger Str. 35, 65191 Wiesbaden

Druck und Versand: Görres-Druckerei und Verlag GmbH, Niederbieberer Str. 124, 56567 Neuwied
Bildnachweis: Shutterstock
Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der DG Nexolution eG zulässig.
ISSN 2195-206X
VR International erscheint monatlich und ist bei Volksbanken und Raiffeisenbanken erhältlich.
Redaktionsschluss ist jeweils vier Wochen vor Erscheinungstermin.
Für die Richtigkeit und Vollständigkeit keine Gewähr.